

29.6. 2017

Den Bogen überspannt

Der Bundesrat will das Pensionierungsalter für Mitarbeitende der besonderen Personalkategorien erneut erhöhen. Das hat eine kostspielige Strukturanpassung zur Folge. Die Wirtschaftlichkeit dieser Massnahme ist nicht bewiesen. Für die Personalverbände der Bundesverwaltung (transfair, Garanto, swissPersona, PVB und VPOD) ist diese Erhöhung des Pensionierungsalters inakzeptabel.

Bereits 2013 mussten die Angehörigen der besonderen Personalkategorien in der Bundesverwaltung (Berufsmilitär, Grenzwachtkorps und versetzbares Personal EDA) eine Erhöhung des Pensionierungsalters von 58 auf 60 Jahre hinnehmen. Heute nun hat der Bundesrat bekanntgegeben, den Altersrücktritt um weitere fünf Jahre anheben zu wollen. Damit sinkt die Verlässlichkeit der Bundesverwaltung als Arbeitgeberin und die Landesregierung riskiert den Verlust von Vertrauen und Loyalität der betroffenen Berufsgruppen.

Für die Personalverbände inakzeptabel

Wer zu den besonderen Personalkategorien in der Bundesverwaltung gehört, der ist zu Nacht-, Pikett- und Sonntagseinsätzen verpflichtet und untersteht der Versetzungspflicht. Diese Unannehmlichkeiten wurden bis anhin mit einer früheren Pensionierung entschädigt. Die Übergangsfrist für die erste Erhöhung des Rentenalters auf 60 Jahre ist noch lange nicht abgelaufen und schon setzt der Bundesrat nach; er hat damit den Bogen überspannt. Die Personalverbände gehen davon aus, dass das betroffene Personal über Massnahmen nachdenkt.

Kostspielige Strukturanpassungen

Militärisches Personal und Mitglieder des Grenzwachtkorps können nach dem 60. Altersjahr nicht mehr an der Front eingesetzt werden. Die geleisteten Dienstjahre mit unregelmässigen Arbeitszeiten, Wochenend- und Nachtschichten haben physisch (Rückenprobleme, Gelenksbeschwerden u.a.) wie psychisch (Schlafprobleme u.a.) ihre Spuren hinterlassen. Ein Verbleib in der angestammten Funktion ist daher über das Alter 60 hinaus nicht mehr möglich.

Für die Betroffenen dieser beiden Berufsgruppen müssen somit ungefähr 600 neue Stellen geschaffen werden. Ausserdem müssen für beide komplett neue Berufskarrieren und dazu passende Ausbildungsmodelle erschaffen werden. Und bei den Berufsoffizieren und Unteroffizieren müsste als mögliche Konsequenz auf das Statut verzichtet werden, was die Einführung eines Arbeitszeitmodells und gleichzeitig eine Aufstockung des Bestandes um 400 Personaleinheiten bedeuten würde.

Eine genaue Analyse über die finanziellen Konsequenzen der Reform der Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP) kann der Bundesrat nicht präsentieren.



Weitere Auskünfte

transfair

Matthias Humbel, Branchenleiter Öffentliche Verwaltung
079 580 14 09

Garanto

Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin
079 753 62 70

swissPersona

Beat Grossrieder, Zentralsekretär
076 580 55 56

PVB

Maria Bernasconi, Generalsekretärin
078 718 71 13

VPOD

Christof Jakob, Gewerkschaftssekretär
077 447 29 03